

Konzepte der Friedenssicherung

Traditionelle Konzepte zur Friedenssicherung beschränken sich in der Regel auf die Vermeidung von zwischenstaatlichen Konflikten, also Staatenkriegen. Hinter ihnen steht die Leitfrage: Wie kann man verhindern, dass Staaten gegeneinander Krieg führen? Entsprechend den verschiedenen Theorien der internationalen Beziehungen existieren verschiedene Ansätze zur internationalen Friedenssicherung, die nicht zuletzt auf unterschiedlichen Menschenbildern beruhen.

M1 Die Idee des Weltstaats

Iring Fetscher (1922–2014) gehörte zu den führenden deutschsprachigen Politikwissenschaftlern. Er studierte Philosophie, Germanistik und Romanistik in Tübingen und Paris. Er lehrte von 1963–1987 an der Universität Frankfurt am Main.

Die Übersicht beginnt mit dem Konzept des Weltstaates, der Universal-Monarchie (Dante), die bis in die Gegenwart hinein immer wieder Anhänger gefunden hat. Es [das Konzept] stellt die denkbar radikalste Lösung dar – wenigstens auf den ersten Blick –, weil mit der Auflösung der souveränen Staaten im Weltstaat Außenpolitik überhaupt überflüssig würde. Die Grenzen dieses Konzepts lassen sich leicht erweisen (Bürgerkriege statt Staatenkriege ...), ganz abgesehen davon, dass es einstweilen wenig Realisierungschancen für sich hat.

Varianten des Weltstaats-Gedankens sind die Welt-Föderation oder der Völkerbundsgedanke, wie ihn Immanuel Kant und der amerikanische Präsident Wilson aufgegriffen haben. Die Vorstellung eines „erzwingbaren“ Völkerrechts geht zumindest in die gleiche Richtung, setzt es doch irgendeine internationale Instanz mit der Möglichkeit der Anwendung von Zwang gegen Rechtsbrecher voraus; sie stellt sozusagen die abgeblassteste Variante der Weltstaats-Idee dar.

M2 Balance of Power

Politische Denker, die den souveränen Nationalstaat als un-aufhebbare Größe ansahen [...], konnten den Frieden nur als prekären Waffenstillstand zwischen zwei Kriegen ansehen. Sie machten es daher den Regierungen zur Pflicht, sich für den „Ernstfall“ zu rüsten. Friedenssicherung kannten sie meist nur in der Form der Stabilisierung des Status quo durch das militärische (später auch ökonomische) Kräftegleichgewicht. Damit haben wir das zweite Modell vor uns: Frieden als (stets gefährdete) Resultante der „Balance of Power“. Charakteristisch für die Balance-of-Power-Theorie ist, dass sie vom inneren Zustand der Staaten meist vollständig absieht. Staaten sind für sie [...] rein quantitative Größen, und höchstens insofern innenpolitische Schwierigkeiten zu einer Beeinträchtigung militärischer Schlagkraft führen, werden sie in das Kalkül einbezogen (diese Überlegung war noch für den vom deutschen Generalstab veranlassten „Transport“ Lenins durch das Deutsche Reich nach Petrograd – dem heutigen Sankt Petersburg – im Jahre 1917 maßgebend. Die Revolution sollte den internationalen Gegner schwächen).

M3 Frieden durch Freihandel?

Weltfrieden durch Freihandel beruht auf der liberalen Überzeugung, dass der freie Handel zu einem weltweiten

Interessenausgleich und weltweiter Interessenharmonie führen und allen im gleichen Ausmaß nützen werde. Als Zielpunkt der Entwicklung wird die Auflösung oder doch das Irrelevant-Werden der staatlichen Grenzen anvisiert, also die Verwandlung der Welt zwar nicht in einen Weltstaat, aber doch in eine freie Welt-Gesellschaft. Aus dieser Überzeugung heraus ist die Bildung der Europäischen Gemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg zu verstehen, die Frieden nicht zuletzt durch freien Binnenhandel zu erreichen suchte. [...]

Der bedeutendste Demokratie-Theoretiker des 18. Jahrhunderts, Jean-Jacques Rousseau, hat allerdings die Auffassung vertreten, dass eine „gesunde Republik“ (wir würden heute sagen eine Demokratie) nur in kleinen, relativ autarken Staaten sich auf Dauer halten kann, weil sie mit dem Geist des Konkurrenzkampfes, den der Freihandel mit sich bringe, unvereinbar sei. Die friedliche Koexistenz der kleinen Republiken beruht daher nach Rousseau gerade nicht auf ihren engen wechselseitigen Handelsbeziehungen, sondern umgekehrt auf ihrer vollständigen wirtschaftlichen (und psychischen) Unabhängigkeit voneinander, auf einer Minimierung der Kontakte, die notwendig zu einer Minimierung der Reibungsflächen führen soll.

M1, M2, M3: Iring Fetscher: Modelle der Friedenssicherung. München 1973, S. 8ff.

M4 Über mein Notebook

Ende der 1990er-Jahre fiel mir auf, dass keine zwei Länder, in denen es McDonald's-Restaurants gibt, Krieg gegeneinander geführt haben (kleinere Grenzstreitigkeiten und Bürgerkriege ausgenommen). Daraus leitete ich meine Theorie der „Konfliktvermeidung durch die Goldenen Doppelbögen“ ab: Sobald ein Land wirtschaftlich so weit entwickelt ist, dass es über eine ausreichend große Mittelschicht verfügte, um eine Kette von McDonald's-Restaurants zu unterhalten, so führt es nicht gern Kriege. Mit dieser Zuspitzung wollte ich veranschaulichen, dass sich Länder, die in das Geflecht globaler Handelsbeziehungen eintreten und in denen der Lebensstandard (symbolisiert durch die Existenz von McDonald's-Restaurants) steigt, keine Kriege mehr leisten wollen, mehr leisten können – egal, ob sie gewinnen oder verlieren. [...] Mittlerweile gibt es McDonald's-Restaurants fast in allen Staaten der Erde, sodass ich meine Theorie ändern wollte. Ich möchte jetzt – und ich bitte dies wieder als Zuspitzung zu verstehen – mit der Dell-Theorie [Dell = international produzierender Computerhersteller] der Konfliktvermeidung aufwarten: Keine zwei Länder, die in dieselbe weltumspannende Wertschöpfungskette integriert sind, werden jemals Krieg gegeneinander führen. Warum? Weil Menschen, die in solche globalen Prozesse integriert sind, keine Kriege führen wollen. Sie wollen ihre Waren und Dienstleistungen liefern, just in time, und den steigenden

Lebensstandard genießen, der damit einhergeht. Diese Länder wissen, was auf dem Spiel steht. Jeder Krieg in Ostasien oder China würde sich massiv negativ auf die Investitionen in der Region und alle dort erzielten Fortschritte auswirken. Krieg oder politische Unruhen würden das Vertrauen der internationalen Investoren auf Jahre oder gar Jahrzehnte verspielen. Frieden ist der grundlegendste Standortfaktor für fast jeden Investor. [...]

Der Irak, Syrien, Nordkorea, Afghanistan, der Iran dagegen, Länder, die in keine bedeutenden globalen Wertschöpfungsketten eingebunden sind, bleiben geopolitische Brennpunkte, die jederzeit explodieren können. Der Lackmus-Test meiner Dell-Theorie wird das Verhältnis zwischen China und Taiwan sein – zwei Länder, die seit Jahren mit Militärmanövern und anderen Drohgebärden zeigen, dass ihr Konflikt weiter schwelt, aber gleichzeitig wirtschaftlich so eng miteinander verbunden sind, dass ich meine, dass die Dell-Theorie auch hier halten wird. Einen Abzug der Investitionen oder gar einen Boykott chinesischer oder taiwanesischer Waren könnten weder China noch Taiwan verkraften. Eine ganz neue Form der „Abschreckung“.

Thomas L. Friedman: *Die Welt ist flach. Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main 2006, S. 622–639

M5 Der Demokratische Frieden

Immanuel Kant betont die Bedeutung der innenpolitischen Organisation eines Staates für dessen Friedfertigkeit. Der Weltfrieden könne dann erreicht werden, wenn alle Staaten demokratische Republiken seien. Die demokratische Friedenskonzeption geht davon aus, dass sich das „Volk“ kaum freiwillig den Nöten und Entbehrungen eines Krieges aussetzen wird und, wenn es selbst entscheiden dürfe, daher Kriege zumindest gegen andere Demokratien unterlassen werde. Die sozialistischen Friedensvorstellungen setzen am Konzept des Demokratischen Friedens an. Sie versuchen nachzuweisen, dass in bourgeoisen (kapitalistischen) Demokratien selbst bei formeller Mitbestimmung des Volkes bzw. seiner Repräsentanten über Krieg und Frieden faktisch doch eine ökonomisch privilegierte Minderheit und deren „Beauftragte“ in ihrem Eigeninteresse imperialistische Kriege führen können.

M6 Psychische, pädagogische und soziale Möglichkeiten der Friedensförderung

Anthropologie, Psychologie und Verhaltensforschung haben ein permanentes Aggressionspotenzial im Menschen lokalisiert; diese Aggressivität müsse entweder durch veränderte Sozialisationsformen (in Familie, Schule, Betrieb usw.) abgebaut oder wenigstens auf relativ harmlose Ziele abgelenkt werden (z. B. auf den sportlichen Wettkampf), wenn das Ziel einer befriedeten Menschheit erreicht werden soll. Schon in frühester Kindheit sollen Formen der Demokratie und der friedlichen Konfliktaustragung (Streitschlichtung, Mediation) durch friedenspädagogische Maßnahmen eingeübt werden. [...]

Schließlich sollen latente Formen sozialer und kultureller Unterdrückung abgebaut werden, die in Individuen Aggressivität erzeugen – auch wenn sie im Allgemeinen nicht zu bewaffneten Konflikten führen. Neben die strukturelle Gewalt der extremen sozialen Ungleichheit und Armut tritt die unterdrückende Erziehung in der Familie sowie die soziale Diskriminierung von ethnischen oder religiösen Minderheiten.

M5, M6: Iring Fetscher: *Modelle der Friedenssicherung*. München 1973, S. 8 ff.

Arbeitsaufträge

- Überlegen Sie, was man tun könnte, um Staaten vom Führen eines Krieges abzuhalten! Sammeln Sie Ihre Vorschläge im Kurs und sortieren Sie sie kriteriengeleitet!
- Überlegen Sie, ob die Konzepte (M1 bis M6, gegebenenfalls auch Ihre eigenen Vorschläge) jeweils einen negativen oder einen positiven Frieden anstreben!
- Diskutieren Sie, inwieweit die traditionellen Konzepte der Friedenssicherung auf die heutige sicherheitspolitische Lage, auf die Vermeidung heutiger Kriege und Konflikte anwendbar sind!

Erweiterte Friedenskonzepte

Der klassische Sicherheitsbegriff konzentriert sich auf die militärische Konfliktbearbeitung. Doch Terrorismus oder Bürgerkriege lassen sich allein militärisch nicht besiegen, solange nicht auch die Konfliktursachen bekämpft werden. Wirtschaftliche Entwicklungsdefizite und Armut, Umweltprobleme und Staatszerfall bilden nicht selten den Nährboden für Terrorismus und „neue Kriege“.

Um Frieden und Sicherheit zu gewährleisten, gehen die Bundesregierung und internationale Organisationen wie die UNO daher mittlerweile von einem erweiterten Sicherheitsbegriff aus, der militärische und zivile Formen der Konfliktbearbeitung miteinander vernetzt.

M1 Entwicklungspolitik als Sicherheitspolitik

Die Anzahl der Konflikte und Kriege seit dem Ende des Kalten Krieges ist merklich gestiegen. Etwa 40 Kriege und bewaffnete Konflikte werden momentan ausgetragen. Nur 3 % davon gelten als klassische zwischenstaatliche Auseinandersetzungen und zu 90 % finden diese Kriege in Entwicklungsländern statt, die meisten in Afrika. Das bedeutet, dass in vielen Kooperationsländern der deutschen Entwicklungspolitik Konflikte gewaltsam ausgetragen werden oder sich diese Länder in einer Post-Konflikt-Situation befinden. Die Wechselwirkung zwischen Sicherheit und Entwicklung ist deshalb für die Entwicklungszusammenarbeit von zentraler Bedeutung.

Zwanzig der 38 ärmsten Länder befinden sich in einem bewaffneten Konflikt. Das weist darauf hin: Je ärmer ein Land, desto größer ist die Gefahr eines gewaltsamen Konflikts. Auch Forschungen u. a. der Weltbank zeigen: Die Wahrscheinlichkeit, dass in einem Land mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 250\$ in den nächsten 5 Jahren ein Bürgerkrieg ausbricht, liegt bei 15%. Bei einem Land mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 5.000\$ beträgt die Wahrscheinlichkeit weniger als 1%.

Gewaltsame Konflikte verhindern, dass sich Länder wirtschaftlich entwickeln und Wege aus der Armut finden können. Gleichzeitig schaffen sie neue Armut, indem sie Entwicklungserfolge zunichte machen, natürliche Lebensgrundlagen schädigen sowie zu Flucht und Vertreibung führen. Bürgerkriege oder innerstaatliche Konflikte, die auch den Zerfall von Staaten und die Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols mit sich bringen, fordern unzählige Opfer. Heutzutage sind 90% dieser Opfer Zivilisten; viele von ihnen Frauen und Kinder.

Spätfolgen dieser Gewalt sind oft über lange Jahre hinweg zu spüren. Diese Folgen sind sehr vielfältig: Bei den Opfern können sie tief sitzende Traumatisierung bedeuten, aber auch die Verminung großer Flächen (insbesondere landwirtschaftlicher Flächen) oder die illegale Verbreitung und Benutzung von Kleinwaffen belasten den Wiederaufbau.

Armut führt zwar nicht notwendigerweise zu Gewalt, und Sicherheit allein garantiert keine Entwicklung. Jedoch sind Frieden und Stabilität wichtige Voraussetzungen für Entwicklung und Wohlstand. Umgekehrt leistet eine auf Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Politik einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Gewalt und Konflikten.

www.bmz.de/de/themen/MDG/FriedenSicherheit/index.html, vom 9. August 2009

M2 Ziele der deutschen Entwicklungspolitik

Die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte haben in den letzten Jahrzehnten weiter zugenommen. Das reichste Fünftel der Weltbevölkerung besitzt 85% des globalen Einkommens, das ärmste Fünftel nur 1,4%. Die soziale Schere ist nicht nur zwischen Nord und Süd sowie West und Ost größer geworden, sondern auch innerhalb vieler Gesellschaften. Der weltpolitische Umbruch Anfang der 1990er-Jahre hat in vielen Regionen Instabilitäten und Konflikte offen zutage treten lassen. Über 90% der 200 Kriege seit 1945 haben in Entwicklungs- und Transformationsländern stattgefunden.

Die Ursachen gewaltsamer Konflikte sind zum einen wirtschaftliche und soziale Ungleichheit sowie Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit in Verbindung mit Bevölkerungswachstum, zum anderen ein Mangel an demokratischen Strukturen, fehlende Rechtsstaatlichkeit sowie die Zerstörung von sozialer und kultureller Identität und die Missachtung von Menschenrechten. Es kommt darauf an, die Fähigkeit der Gesellschaften zu stärken, auf konstruktive und friedliche Weise mit Konflikten umzugehen.

[...] Die Bekämpfung der Armut ist die überwältigende Aufgabe, weil ihr entscheidende Bedeutung für die Entwicklung in den Partnerländern zukommt. Es besteht kein Zweifel, dass Armut sowohl Folge als auch Ursache z. B. bewaffneter Konflikte oder der Zerstörung natürlicher Ressourcen ist. Konflikte um Boden oder Wasser bestimmen heute den Alltag von Millionen Menschen. Nicht selten verschärfen solche Konflikte bereits bestehende Spannungen innerhalb einzelner Länder, aber auch zwischen Ländern.

Klimaveränderungen verursachen gehäuft auftretende Naturkatastrophen, Bodenerosion, Verseuchung von Ackerflächen und Gefährdung der biologischen Vielfalt. Sie treffen die Armen besonders und gefährden zugleich die Zukunft aller Menschen.

Die Bekämpfung der Armut ist nicht nur ein Gebot ethischer und moralischer Verantwortung und Solidarität. Sie ist ebenso Aufgabe zur Sicherung des Friedens und der natürlichen Umwelt im weltweiten Interesse. Die Terroranschläge vom 11. September 2001, eine Vielzahl bewaffneter Konflikte in der Welt, Flucht und Vertreibung, die daraus resultieren, machen überdeutlich: Gewalt und Terror den Boden zu entziehen, ist eine drängende Aufgabe bei der globalen Gestaltung unserer Zukunft.

Armut, Hunger und das Gefühl, grenzenlos unterlegen zu sein, sind ein Nährboden für Gewalt. Entwicklungszusammenarbeit kann dazu beitragen, mehr Gerechtigkeit

zu schaffen, und so Menschen Hoffnung und Lebensperspektive zu geben. In den Industrieländern begegnen viele Menschen den Problemen der Entwicklungsländer mit Anteilnahme und Solidarität. Sie sind sich aber auch bewusst, dass Entwicklungszusammenarbeit ihrer eigenen Zukunftssicherung dient; denn kein Teil der Welt ist sicher, wenn nicht in allen Teilen der Welt Menschen sicher leben können. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Entwicklungspolitik für die Bundesregierung Teil einer umfassenden Friedens- und Sicherheitspolitik.

Holger Baum, Daniela Spies, Beate Wörner: *Partner für die Zukunft. Deutsche Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert.* Hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn/Berlin 2003, S. 3

M3 Nach dem Krieg ist vor dem Frieden

Nach dem Krieg ist vor dem Frieden – das gilt auch für die Lage in Afghanistan oder im Kosovo. Wenn die Kämpfe vorbei sind, kehrt nicht automatisch Frieden ein. Bis zu einem friedlichen Miteinander und einer demokratisch gewählten Regierung ist es meist noch ein weiter Weg. Hier setzt die Arbeit der internationalen Friedenstruppen an. Sie sorgen für Sicherheit, lindern die Not der Bevölkerung, setzen zusammen mit Hilfsorganisationen Straßen, Schulen und Krankenhäuser wieder instand und bereiten so den Weg für den zivilen Wiederaufbau. [...]

Im Dezember 2001 erteilte der UN-Sicherheitsrat das Mandat, eine Friedenstruppe (ISAF – International Security Assistance Force) für Afghanistan aufzustellen. Die Resolution des Sicherheitsrats erlaubt „friedens erzwingende Maßnahmen“, also Einsätze, bei denen militärische Mittel angewendet werden, um den Frieden in den Konfliktgebieten wiederherzustellen.

In den nördlichen Regionen tragen die ISAF-Soldaten vor allem zur Stabilisierung bei. Sie helfen mit, die Infrastruktur wieder aufzubauen und die Wahlen zur Nationalversammlung und zur Präsidentschaft vorzubereiten. [...]

Im Kosovo und in Bosnien erprobt und bewährt, in Afghanistan im Einsatz: CIMIC (Civil-Military Cooperation) – Militär in einer neuen, bisher ungewohnten Aufgabe. Fachleute der Bundeswehr unterstützen die Zivilbevölkerung beim Wiederaufbau, helfen Flüchtlingen bei der Rückkehr und arbeiten dabei auch mit staatlichen und privaten Hilfsorganisationen zusammen. Humanitäre Hilfe und der Wiederaufbau kriegszerstörter Wohnhäuser, Kindergärten, Schulen, Polizeistationen, Ambulanzen und Krankenhäuser tragen zur Normalisierung im Krisengebiet bei und sichern zugleich den Einsatz der Friedenstruppen.

Michael Moerchel: *Frieden und Sicherheit. Ein Heft für die Schule.* Hrsg. v. Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V. Wiesbaden 2006, S. 18 f.

M4 Sicherheitsrisiko Klimawandel – Beispiel Sudan

Im Sudan hat sich die Wüste in den letzten 40 Jahren um 100 Kilometer weiter in Richtung Süden ausgebreitet. Das liegt daran, dass zum einen die Regenfälle immer weiter zurückgehen, zum anderen haben die Überweidung von Grasflächen, das Abholzen von Wäldern und die dann einsetzende Bodenerosion das Land unfruchtbar gemacht. Klimamodelle sagen für den Sudan einen weiteren Temperaturanstieg voraus; zugleich wird die Regenmenge weiter abnehmen. Für die Getreideernten bedeutet das einen künftigen Rückgang um etwa 70%. Das Land gehört schon jetzt zu den ärmsten der Welt; zugleich ist es ökologisch erheblich gefährdet, und seit einem halben Jahrhundert wird immer irgendwo im Sudan Krieg geführt. [...]

Bisher nahm man an, dass die Gewaltfolgen von Klimaveränderungen eher indirekt sind; aber dort, wo das Überleben ohnehin schon gefährdet ist, führen selbst geringfügige Verschlechterungen zu Gewalt. Und im Sudan sind sie nicht geringfügig. In einer Gesellschaft, in der 70% der Bevölkerung auf dem Land und vom Land leben, gibt es ein Problem, wenn Weideflächen und fruchtbare Böden verschwinden. Nomadische Viehzüchter brauchen Weiden, so wie Kleinbauern Land brauchen, um ihre Feldfrüchte anbauen zu können. Wenn die Wüste sich ausbreitet, beanspruchen die Viehzüchter das Land der Ackerbauern oder umgekehrt.

NDR Kultur: *Gedanken zur Zeit, Klimakriege.* Von Harald Welzer. Sendung vom 5. April 2008

Arbeitsaufträge

1. Formulieren Sie Überschriften für einzelne Abschnitte und fassen Sie die Hauptaussagen der Texte **M1** bis **M3** in kurzen Statements zusammen!
2. Erklären Sie: „Nach dem Krieg ist vor dem Frieden“!
3. „Entwicklungspolitik ist die Friedenspolitik des 21. Jahrhunderts“ (Willy Brandt, ehemaliger deutscher Bundeskanzler). Diskutieren Sie diese Aussage!
4. Erläutern Sie den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Klimawandel!